

Michael Brinkschröder

Ökumene der Homophobie

Antihomosexualität und christliche Moralpolitik¹

Die Antihomosexualität des Christentums ist ein lang anhaltendes Phänomen, das erst seit ein paar Jahrzehnten infrage gestellt wird. Sie basiert in ihrem Kern auf vier verschiedenen theologischen Diskursen: dem archaischen Diskurs der kultischen Reinheit, dem apokalyptischen Diskurs der Sodom-Eschatologie, dem scholastischen Diskurs des Naturrechts und dem platonischen Diskurs der Brautmystik.²

Während diese klassischen Diskurse der christlichen Antihomosexualität in unterschiedlicher Intensität weiter betrieben werden, hat sich in den letzten drei Jahrzehnten ein neues Dispositiv der christlichen Antihomosexualität formiert. Ich möchte es das „moralpolitische“ Dispositiv der christlichen Antihomosexualität nennen, weil es nicht mehr darum geht, theologische Argumente zu formulieren, sondern in der post-säkularen Arena der Politik den Kampf um die Deutung und Formulierung der Menschenrechte und Rechte zu gewinnen. Religiös motivierte Haltungen werden dabei in die universal akzeptable Sprache der Werte und der Menschenrechte gekleidet. Auf diese Weise sollen sie einen Konsens über einzelne Konfessionen und Religionen hinweg produzieren, der zudem offen ist für Nicht-Religiöse aus dem konservativen bis rechtsextremen Spektrum des politischen Denkens.

Es handelt sich gegenwärtig um ein Quartett aus vier Diskursen: *Family values*, traditionelle Werte, Gender Ideologie und Religionsfreiheit. Diese Diskurse lassen sich zwar aufgrund ihrer Leitwörter, Denkformen und ursprünglichen Träger unterscheiden, ihnen ist jedoch gemeinsam, dass sie eine „Ökumene der religiösen Rechten“ stiften, die quer durch die herkömmlichen konfessionellen Lager verläuft, denn sie sind weit über ihre konfessionelle Herkunft hinaus anschlussfähig.

1. Family Values

Der Diskurs der „Family Values“ ist aufs Engste verknüpft mit dem Aufstieg der religiösen Rechten in den USA seit den 1970er Jahren. Auslöser einer ersten Mobilisie-

¹ Zweiter Teil eines Vortrags bei der Fachtagung „Schwule und lesbische Liebe in unserer Kirche. Auf dem Weg zum EKBO-Synodenbeschluss“ vom 26.–27. Februar 2016 in der Evangelischen Bildungsstätte Schwanenwerder, Berlin. Der erste Teil erscheint im Tagungsband.

² Vgl. dazu ausführlich: Brinkschröder, Michael: Die christliche Artikulation gleichgeschlechtlicher Sexualität. Theologische Diskurse und hegemoniale Konstellationen, in: Stephan Goertz (Hg.): „Wer bin ich, ihn zu verurteilen?“ Homosexualität und katholische Kirche, Freiburg i. Br. / Basel / Wien 2015, 279–322.

rungswelle war das Urteil *Roe vs. Wade* von 1973, in dem der *Supreme Court* ein liberales Abtreibungsrecht ermöglichte, das den Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten straffrei stellte. Dagegen formierte sich zunächst eine Gruppe von katholischen Intellektuellen, denen bald eine weitaus einflussreichere Allianz von evangelikalen Protestanten und neokonservativen Politikern folgte. Der schon seit den fünfziger Jahren einflussreiche Teleevangelist Jerry Falwell gründete 1979 die „*Moral Majority*“, aber er enthielt sich noch eines formalen Bündnisses mit den Republikanern. Er war noch weitgehend theologisch orientiert. Diese erste Welle kam ab 1985 wieder zum Erliegen, als mehrere ihrer Anführer wie Jimmy Swaggart und Jim Bakker des Ehebruchs überführt wurden.

Die zweite Welle begann als der Baptist Pat Robertson 1989 mit seiner „*Christian Coalition of America*“ eine Allianz verschiedener konservativer Kirchen schmiedet. Ihr Generalsekretär Ralph Reed stellte die Verbindung zur Partei der Republikaner her. „Sein Hauptziel war (...) der Kampf um Familienwerte.“³ Als Modell stand dabei die bürgerliche Kleinfamilie des 19. Jahrhunderts vor Augen mit dem Mann als *breadwinner* und Oberhaupt der Familie und der Frau als Ehefrau und Mutter. Im evangelikalischen Diskurs erhielten die *Family Values* dadurch Kontur, dass sie sich gegen Abtreibung, Homosexuellenrechte, Feminismus und die Aufweichung traditioneller Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen richteten. Der Vizepräsident Dan Quayle löste 1992 eine lang anhaltende Debatte aus, als er im Wahlkampf die Figur einer freiwillig alleinerziehenden Mutter aus einer Fernsehserie scharf attackierte und zum Symbol für den Verfall der *Family Values* erklärte. Insgesamt standen die neunziger Jahre im Zeichen der „Culture wars“ um die moralische und politische Hegemonie.

Besonders Bill „Clinton stand gemäß den Überzeugungen der *conservatives* und der religiösen Rechten paradigmatisch für die Folgen des verhaßten liberalen Systems, das nur zu noch höheren Scheidungsquoten, einem allgemeinen Verfall der Sittlichkeit, einer Sexualisierung der Jugend durch Sexualkundeunterricht und zur Akzeptanz von Homosexualität geführt habe. (...) Die religiöse Rechte entwickelte (...) die Idee, Homosexualität sei nicht angeboren, sondern ein freiwillentlich gewählter Lebensstil, den man durch psychologische Behandlung und Gebet kurieren könne.“⁴

³ Hochgeschwender, Michael: Amerikanische Religion. Evangelikalismus, Pfingstertum und Fundamentalismus, Frankfurt am Main / Leipzig 2007, 194.

⁴ Hochgeschwender, Religion, 195.

Während Robertson und Reed 1996 auf dem Höhepunkt ihrer Macht standen, verfiel auch ihre Organisation nach Anklagen wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten. Moralische Verfehlungen machten auch den Republikanern zu schaffen: „Ein Vorkämpfer für Familienwerte nach dem anderen wurde als Ehebrecher oder Homosexueller enttarnt, was das Verhältnis der Partei zur religiösen Rechten zeitweise ins Schwanken brachte.“⁵ Bald danach zerfiel auch die Koalition zwischen evangelikalischen Protestanten und konservativen Katholiken.

Die *Christian Right* gründete in ihren Hochzeiten eine Reihe von finanzkräftigen Organisationen, die den Schutz der Familie auf ihre Fahnen schrieben und bis heute sehr einflussreich sind: z.B. *Focus on the Family* und das *Family Research Council*, die *Alliance Defense Freedom* oder *Family Watch International*. Zum Netzwerk ihrer NGOs gehören außerdem antifeministische Frauenorganisationen wie die von Tim und Beverly LaHaye 1979 gegründeten *Concerned Women of America* oder das *Eagle Forum* der katholischen Aktivistin Phyllis Schlafly sowie juristische *Think Tanks* wie das *American Centre for Law and Justice*.

Aufgeschreckt durch die feministischen Erfolge bei den UN-Konferenzen zu Bevölkerung und Entwicklung in Kairo (1994) und zu Frauen in Peking (1995) überwand die evangelikale Rechte aus den USA ihre apokalyptisch gefärbte Antipathie gegen die Vereinten Nationen und begann, sich dort nachhaltig für die „natürliche Familie“ zu engagieren.⁶ Damit folgten sie dem Beispiel von Papst Johannes Paul II., der damals alle diplomatischen Möglichkeiten des Heiligen Stuhls im Kampf gegen sexuelle und reproduktive Rechte für Frauen mobilisierte. Mehrere der genannten NGOs erlangten den ECOSOC-Status bei den Vereinten Nationen, der ihnen größtmögliche Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt. Präsident Georg W. Bush jr. nahm ihre Repräsentant_innen sogar bisweilen in offizielle Regierungsdelegationen auf.⁷

Die bei der UN aktive Fraktion der evangelikalischen Rechte entwickelte bald eigenständige Strategien: Der *World Congress of Families* begann 1999 damit, eine überkonfessionelle Allianz der religiösen Rechten zu schmieden, die neben Evangelikalen und Katholiken auch den Islam und die Orthodoxe Kirche umfasst.⁸ Seither sorgt diese Koalition dafür, dass bei der UN – z.B. bei den Nachfolgekonferenzen Kairo +5

⁵ Hochgeschwender, *Religion*, 196.

⁶ Vgl. Buss / Herman, *Globalizing*, 19–32.

⁷ Vgl. Buss, Doris; Herman, Didi: *Globalizing Family Values. The Christian Right in International Politics*, Minneapolis / London 2003, xxvii–xxxii.

⁸ Ebd., *Globalizing*, 80–99. Konservative Juden spielten dabei nur eine marginale Rolle.

und Peking +5 – heftige diplomatische Kämpfe zwischen liberalen Ländern und Ländern dieser homophoben Ökumene ausgetragen werden.

Anfang der Nuller Jahren wurden zusätzlich die missionarisch ausgerichteten Evangelikalen in Afrika und Osteuropa, in Südamerika, der Karibik und Südostasien aktiv, um ihre *Culture Wars* zu exportieren und die dortigen Evangelikalen zu agitieren. Besonders berüchtigt wurden der pseudo-wissenschaftlich argumentierende Paul Cameron und Scott Lively, der die „Bahati-Bill“ für Uganda formuliert hat, die die Todesstrafe für homosexuelle Handlungen vorsieht.⁹

Die Rhetorik der *Family Values* verlor mit der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in immer mehr Bundesstaaten und der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Regenbogenfamilien weiter an Überzeugungskraft. Es wurde unübersehbar, dass Familienwerte auch in Familien mit homosexuellen Eltern oder Elternteilen gelebt werden. In dem Versuch, hier nachzusteuern, spricht die christliche Rechte daher – insbesondere auf UN-Ebene – inzwischen von „der natürlichen Familie“ im Singular. Darunter will sie lediglich die Kleinfamilie verstehen, die aus einem lebenslänglich verheirateten heterosexuellen Ehepaar und dessen Kindern besteht – weder erweiterte Familien noch allein erziehende Eltern zählen damit zur Familie.¹⁰

In den USA selbst aber bröckelt es mittlerweile an der christlichen Homosexuellenfront: Jüngere Evangelikale teilen die antihomosexuellen Einstellungen nicht mehr im gleichen Ausmaß wie die älteren Generationen.¹¹ Prominente Streiter gegen Homosexualität haben sich bekehrt und sprechen heute eine andere Sprache als in den Neunzigern. Außerdem revitalisiert sich der linke Evangelikalismus, so dass evangelikal und konservativ heute deutlich weniger miteinander zu identifizieren sind als in den Neunzigern.¹²

2. Traditionelle Werte

Der Diskurs über „traditionelle moralische bzw. christliche Werte“ ist in Russland entstanden im Zusammenspiel zwischen der Regierung Putin und der Russischen Orthodoxen Kirche unter Patriarch Kirill. In seiner ganzen Machart lehnt er sich eng an

⁹ Vgl. Kaoma, Kapya: *Globalizing the Culture Wars. U.S. Conservatives, African Churches, & Homophobia*, 2009, online unter: <http://www.publiceye.org/publications/globalizing-the-culture-wars/pdf/africa-full-report.pdf>.

¹⁰ Zu den Widersprüchen im Verständnis von Familie zwischen weißen Evangelikalen aus den USA und schwarzen Evangelikalen aus den USA und Afrika vgl. Buss / Herman, *Globalizing*, 83–85.

¹¹ Vgl. Smidt, Corwin E.: *American Evangelicals Today*, Lanham et al. 2013, 191–212

¹² Vgl. Hart, D. G.: *From Billy Graham to Sarah Palin. Evangelicals and the Betrayal of American Conservatism*, Grand Rapids / Cambridge (UK) 2014, 151–178.

den evangelikalen Diskurs über die *Family Values* und *Moral Values* an. Entsprechend waren auch US-basierte NGOs wie das *Family Research Council*, der *World Congress of Families*, die *Alliance Defending Freedom* und der europäische Ableger des *American Center for Law and Justice* wichtige Akteure, die für die Verbreitung dieses Ansatzes gesorgt haben.

Doch durch den Begriff der „traditionelle Werte“ identifiziert sich dieser Diskurs zugleich mit dem stärker traditions- als bibelbasierten Selbstverständnis der Orthodoxen Kirchen. Die Betonung der Tradition hat diesen Diskurs übrigens problemlos anschlussfähig gemacht für die Römisch-Katholische Kirche und den jüngsten Schulterschluss zwischen Papst und Patriarch auf Kuba gegen die Gleichstellung anderer Lebensformen mit der heterosexuellen Ehe sicherlich befördert.¹³ Darüber hinaus greift der Begriff der Tradition aber auch die enge Verflechtung zwischen religiöser und nationaler Kultur in vielen Ländern Osteuropas auf. Kirche, Nation und Staat werden in der nationalreligiösen Tradition als „organische Einheit“ betrachtet. Konkret angewendet wird der Begriff der Tradition dabei vorrangig auf die „traditionelle Ehe“ bzw. die „traditionelle Familie“, um gleichgeschlechtliche Eheschließungen oder Regenbogenfamilien zu verhindern. Er fungiert als Gegenbegriff zu den liberalen, „westlichen“ Werten, die von der EU, dem Europarat und der UN vertreten werden und die in einem säkularen Kreuzzug die Menschen in Osteuropa „vergiften und ihre Seelen töten“ wollen.¹⁴

Die Auseinandersetzung entzündete sich an den Versuchen, in Moskau Gay Pride Paraden abzuhalten. Patriarch Alexej II. verdammt 2006 diese als „Propaganda für die Sünde“ und nannte schwule und lesbische Beziehungen „untraditionell“. Der Ausdruck „traditionelle Werte“ erhielt danach eine Stoßrichtung gegen die (liberalen) Menschenrechte.

Die Grundlage dafür lieferte die Menschenrechtsdoktrin der Russischen Orthodoxen Kirche aus dem Jahr 2008. Hierin legte sie fest, dass die traditionellen christlichen Werte im Konfliktfall über den Menschenrechten rangieren und sie ließ keinen Zweifel daran, dass die Akzeptanz von Homosexualität oder sogar der Homo-Ehe zu diesen Konfliktfällen gehören. Kristina Stoeckl kommt sogar zu dem Fazit, dass der

¹³ „Wir bedauern, dass andere Formen des Zusammenlebens mittlerweile auf die gleiche Stufe dieser Verbindung gestellt werden, während die durch die biblische Tradition geheiligte Auffassung der Vaterschaft und der Mutterschaft als besondere Berufung des Mannes und der Frau in der Ehe aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgeschlossen wird.“ Gemeinsame Erklärung von Papst Franziskus und Patriarch Kyrill von Moskau und der ganzen Rus, 12.02.2016, online: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/february/documents/papa-francesco_20160212_dichiarazione-comune-kirill.html#Gemeinsame_Erklärung.

¹⁴ Buhuceanu, Florin: Traditional Values, Religion & LGBT Rights in Eastern Europe, 2014, 22. (Übers. M.B.)

Menschenrechtsdiskurs, den Patriarch Kirill initiiert hatte, am Ende durch den Diskurs über traditionelle Werte ersetzt worden sei.¹⁵ Der vorsichtige Öffnungsprozess für die Moderne, der sich in der Sozialdoktrin von 2000 abgezeichnet hatte, wurde durch die Menschenrechtsdoktrin, die in sich noch ambivalent ist, bzw. in den Jahren nach ihrer Veröffentlichung gestoppt. Die Russische Orthodoxe Kirche stellt heute eine säkular-liberal-individualistische Ideologie ihrer eigenen religiös-kommunitaristisch-traditionalistischen Weltanschauung gegenüber.¹⁶ Damit geht es nicht mehr um den einfachen geographischen Gegensatz zwischen Ost und West, sondern um einen ideologischen Gegensatz. Die Folge davon ist, dass die russische Politik seither versucht, ideologische Bündnisse mit religiös-traditionalistischen, antiliberalen Kräften in den EU-Ländern zu schmieden und diese finanziell und medial zu unterstützen.

Die russische Regierung hat seit 2009 mehrfach – und zum Teil erfolgreich – versucht, das Konzept der traditionellen Werte und der traditionellen Familie in Resolutionen des UN-Menschenrechtsrates zu verankern.¹⁷ Dabei arbeitete sie eng mit der Russischen Orthodoxen Kirche zusammen. So sagte Außenminister Sergej Lawrow bei der 25. Sitzung des UN Menschenrechtsrates im März 2014: „We call for taking into account cultural and historic particularities of different people and note the importance of the UNHRC resolution saying deeper understanding and respect of traditional values will help, encourage and protect human rights and freedoms. (...) Lately supporters of ultra-liberal approaches have stepped up activities. They propagate policy of all-permissiveness and hedonism, saying moral values, which are common for all religions, should be revised. Such actions are destructive for society and for generations.“¹⁸

Lawrow nutzt hier die Rhetorik der traditionellen Werte, um Religion gegen die Menschenrechte von LGBTI auszuspielen. Seit 2015 versucht Russland mit seinen Verbündeten, das Verständnis der UN von „Familie“ so einzuschränken, dass nur verheiratete, heterosexuelle Paare und ihre Kinder darunter verstanden werden sollen.

Die Probleme, die das Konzept der „traditionellen Werte“ mit sich bringen sind offensichtlich: 1. Der Begriff ist überhaupt nicht definiert und hat keinen einheitlichen Inhalt, da alle Religionen verschiedene Traditionen besitzen – auch in ihrem Verständnis

¹⁵ Vgl. Stoeckl, Kristina: *The Russian Orthodox Church and Human Rights*, Abingdon / New York 2014, 101.

¹⁶ Vgl. Stoeckl, 49.

¹⁷ Vgl. Resolution 12/21 (UNHRC) „Promoting human rights and fundamental freedoms through a better understanding of traditional values of humankind“ (02.10.2009); Resolution 16/3 (UNHRC, 2011) mit dem gleichen Titel; Resolution 21/3 (UNHRC, 2012) „Promoting human rights and fundamental freedoms through a better understanding of traditional values of humankind: best practices“.

¹⁸ Buhuceanu, *Traditional Values*, 15. (Übers. M.B.)

von Sexualität und Familie. 2. Es geht um den Versuch, die Menschenrechte religiösen Werten unterzuordnen. Damit werden sie jedoch der Beliebigkeit bzw. der Deutungshoheit religiöser Anführer ausgeliefert. Ein weltweit einheitlicher Standard an Grundrechten wäre nicht mehr möglich. 3. Offen bleibt, was mit den negativen Traditionen wie z.B. patriarchale Machtverteilung, häusliche Gewalt oder Zwangsehen geschehen soll.

3. Gender-Ideologie

Der Kampf gegen die Gender-Theorie entstand als Reaktion des Vatikans auf die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995. Dort wurde erstmals darum gestritten, von „Gender“ anstatt von „Frauen“ zu sprechen. Papst Johannes Paul II. ging von vornherein mit Vehemenz gegen den Gebrauch des Begriffs „Gender“ vor. Er sah darin die Verleugnung der schöpfungsmäßigen Zweigeschlechtlichkeit, der gottgewollten Komplementarität der Geschlechter und ein Codewort für Homosexualität. In der Folge entwickelte der Päpstliche Rat für die Familien unter der Leitung von Kardinal Lopez Trujillo und weitere Institutionen, die ihm zugeordnet sind, ein weltweites Netzwerk von Akteuren und ein gemeinsames theologisches Programm, dessen Eckpfeiler die Bekämpfung der „Gender-Ideologie“ und der Ehe-Öffnung für gleichgeschlechtliche Paare darstellen.¹⁹ Dieses Programm, das 2003 im Lexikon Familie²⁰ gebündelt wurde, richtet sich gegen den konstruktivistischen Feminismus Simone de Beauvoirs und die dekonstruktivistische Gender-Theorie von Judith Butler. Papst Benedikt XVI. formuliert diese Kritik so: „Das Geschlecht ist nach dieser Philosophie nicht mehr eine Vorgabe der Natur, die der Mensch annehmen und persönlich mit Sinn füllen muss, sondern es ist eine soziale Rolle, über die man selbst entscheidet, während bisher die Gesellschaft darüber entschieden habe. Die tiefe Unwahrheit dieser Theorie und der in ihr liegenden anthropologischen Revolution ist offenkundig. Der Mensch bestreitet, dass er eine von seiner Leibhaftigkeit vorgegebene Natur hat,

¹⁹ Einen konzisen Überblick über die Konstruktion der Ideologie von der „Gender-Ideologie“ durch den Vatikan findet sich bei: Paternotte, David: Christian Trouble. The Catholic Church and the Subversion of Gender, Weboldal, 6 Dec. 2014, online unter: <http://councilforeuropeanstudies.org/critcom/christian-trouble-the-catholic-church-and-the-subversion-of-gender/>.

²⁰ Päpstlicher Rat für die Familie: Lexikon Familie. Mehrdeutige und umstrittene Begriffe zu Familie, Leben und ethischen Fragen, Paderborn et al. 2007 [Ital. Orig. 2003]. Vgl. darin vor allem die Artikel zu Gender von Jutta Burggraf, Beatriz Vollmer de Colles und Oscar Alzamora Revoredo sowie zu Homosexualität von Tony Anatrella und Aquilino Polaino-Lorente.

die für das Wesen Mensch kennzeichnend ist. Er leugnet seine Natur und entscheidet, dass sie ihm nicht vorgegeben ist, sondern dass er selbst sie macht.“²¹

In die politische Schlacht zogen katholische Bischöfe damit erstmalig in Spanien, wo sie jahrelang gegen die Einführung der Homo-Ehe durch die sozialistische Regierung von Zapatero kämpften. Es stellte sich auf diesem Terrain als politischer Fehler heraus, dass die katholischen Bischöfe dabei eine herausragende und für alle sichtbare Rolle spielten, denn dies gab den anti-hierarchischen Affekten unter den Katholik_innen starken Auftrieb, die sich mehrheitlich gegen ihre Oberhirten stellten.²²

Die Konsequenzen aus dieser Schlappe zog die katholische Kirche in Frankreich in der Auseinandersetzung um die „*Mariage Pour Tous*“. Dort hielt sich der Episkopat weitgehend zurück und überließ den Aktivismus dem Zusammenschluss „*La Manif Pour Tous*“. Dieser bestand zwar im Wesentlichen aus katholischen Laienorganisationen, tarnte sich jedoch durch populäre Sprecherinnen wie z.B. Frigide Barjot, einer Komödiantin, die zuvor im Pariser Nachtleben aufgetreten war, und so gar nicht zum sexualfeindlichen, verstaubten Image katholischer Bischöfe passte. Auch der interreligiöse Schulterschluss mit den Führern der Muslime und dem französischen Oberrabbiner nahm die katholischen Bischöfe aus dem Blickfeld. Der Verzicht auf theologische oder biblische Argumentationen zugunsten einer säkularen Sprache trug ebenfalls dazu bei, dass schließlich zwei Millionen Menschen gegen die „*Mariage Pour Tous*“ auf die Straße gingen, ohne freilich das Gesetz verhindern zu können.²³ Seither wird die Strategie – einschließlich des Logos und des Namens – von *Manif Pour Tous* in andere europäische Länder exportiert, wie man z.B. an den „Demos für alle“ gegen den Bildungsplan in Stuttgart sehen kann.²⁴

In Unterschied dazu blieb die katholische Anti-Gender-Bewegung in Zentral- und Südeuropa dem hierarchischen Modell der Mobilisierung verhaftet. Die Bischofskonferenzen von Polen, der Slowakei und von Kroatien sowie von Portugal und einigen

²¹ Benedikt XVI.: Ansprache beim Weihnachtsempfang für die Kurie, 21. Dez. 2012, in: http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/speeches/2012/december/documents/hf_ben-xvi_spe_2012221_auguri-curia_ge.html.

²² 2004 brachte Kardinal Lopez Trujillo den Begriff „Gender-Ideologie“ nach Spanien. Er wurde jedoch zuerst nicht sonderlich beachtet. Vgl. José Ignacio Pichardo Galán, Mónica Cornejo Valle: Une décennie de croisade anti-genre en Espagne (2004–2014), in: David Paternotte, Sophie van der Dussen, Valérie Piette: Habemus gender ! Déconstruction d'une riposte religieuse, Sextant (Revue de la Structure de recherche interdisciplinaire sur le genre, l'égalité et la sexualité (STRIGES)), 2015-31, Brüssel 2015, 177–190.

²³ Vgl. Béraud, Céline; Portier, Philippe: Marriage pour tous. The same-sex marriage controversy in France, in: Karel Dobbelaere, Alfonso Pérez-Agote (ed.): The Intimate. Polity and the Catholic Church, Leuven 2015, Leuven University Press, 2015, 55–92.

²⁴ Vgl. TEIDELBAUM, Lucius (2015): „Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens“. Homo- und transphobe Straßenproteste gegen den Entwurf eines neuen Bildungsplans in Stuttgart, in: BILLMANN, Lucie (ed.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg (Rosa Luxemburg Stiftung), 6–14.

Regionen Italiens veröffentlichten Hirtenbriefe, in denen sie vor den Gefahren der Gender-Ideologie warnten.²⁵ Die komplementären Laienbewegungen werden vor allem von radikalen Abtreibungsgegnern und Familienorganisationen getragen. In Italien haben diese in den letzten Jahren flächendeckend Konferenzen über die sog. „Gender-Ideologie“ durchgeführt und mobilisieren aktuell gegen das Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft.²⁶

Auch wenn die Anti-Gender-Bewegung ihr Rückgrat in der katholischen Kirche hat, bedeutet dies keineswegs eine Scheu vor der engen Kooperation mit evangelikalischen oder orthodoxen Kirchen. In Ländern wie Deutschland oder aktuell in Rumänien kann man beobachten, wie sich der Diskurs von seinem katholischen Ursprung löst und auch von anderen reproduziert wird.²⁷

4. Religionsfreiheit

2009 hat der katholische und neokonservative Jura-Professor Robert P. George die „*Manhattan Declaration: A Call to Christian Conscience*“ veröffentlicht. Sie wurde von einer breiten ökumenischen Allianz von 150 religiösen Führern aus dem römisch-katholischen und dem evangelikalischen Klerus sowie Mormonen und Orthodoxen unterzeichnet, insgesamt von über 500.000 Menschen. Sie ruft dazu auf, drei Grundprinzipien zu stärken: Die Religionsfreiheit, die Heiligkeit des Lebens und die Würde der Ehe. Die *Manhattan Declaration* kann als Gründungsdokument eines neuen Diskurses verstanden werden, der versucht, das Grundrecht auf Religionsfreiheit gegen das Recht auf Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität auszuspielen. Sie ruft zum zivilen Ungehorsam gegen Gesetze auf, die Kirchen und karitative Einrichtungen zur Unterstützung der Homo-Ehe verpflichten. Religionsfreiheit wird in der *Declaration* nur auf Gläubige im Sinne der Verfasser bezogen, nicht jedoch auf Ungläubige oder Andersgläubige.

In der Religiösen Rechten herrscht das Gefühl, dass sich Intoleranz und Diskriminierung durch staatliche Regierungen ausbreiten gegenüber „religiös eingestellten Indi-

²⁵ Vgl. auch seinen Beitrag: Blessing the Crowds. Catholic Mobilisations against Gender in Europe, in: Sabine Hark, Paula-Irene Villa (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld 2015, 129–148.

²⁶ Vgl. Avanza, Martina (2015): Mobilisations anti „idéologie du gender“ et milieux catholiques pro-life en Italie, in: Paternotte, David; van der Dussen, Sophie; Piette, Valérie (ed.): Habemus Gender! Déconstruction d'une riposte religieuse, (Sextant. Revue de la Structure de recherche interdisciplinaire sur le genre, l'égalité et la sexualité (STRIGES)), 2015-31, Brüssel 2015, 207–221

²⁷ Vgl. zum deutschen Kontext: Thiessen, Barbara (2015): Gender Trouble evangelisch. Analyse und Standortbestimmung, in: Sabine Hark, Paula-Irene Villa (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld, 149–166.

viduen und Organisationen, die nach ihrer Überzeugung leben wollen, dass Ehe die Vereinigung zwischen Mann und Frau ist oder dass sexuelle Beziehungen nur in solchen Ehen angemessen sind.“²⁸ Im Hintergrund steht dieser Opfer-Rhetorik steht die falsche Behauptung, dass Kirchen gegen ihren Willen dazu gezwungen werden sollen, gleichgeschlechtliche Trauungen durchführen oder sich an Abtreibungen oder verbrauchender Embryonenforschung beteiligen zu müssen. In Wahrheit geht es jedoch darum, durch Bezug auf das Recht auf Religionsfreiheit die Rechte anderer, speziell ihren Schutz vor Diskriminierung, einzuschränken.

Dabei steht nicht nur der Schutz des Individuums im Mittelpunkt, sondern auch um die kollektive Religionsfreiheit für religiöse Gemeinschaften und Organisationen. Traditionell bezieht sich die kollektive Religionsfreiheit darauf, dass z.B. Kirchen ihre Seelsorger_innen („*minister*“) nach religiösen Kriterien selbst bestimmen dürfen und sie entlassen dürfen, wenn sie damit nicht übereinstimmen. In den USA betreibt die Religiöse Rechte derzeit eine Kampagne, die einerseits den Bereich der Seelsorge ausweitet (z.B. auf Lehrer an kirchlichen Schulen) und andererseits den Bereich der kirchlichen Einrichtungen ausweitet (z.B. auf Schulen, Krankenhäuser bis hin zu kommerziellen Geschäften, die von Kirchen betrieben werden). Die Grundlage dafür bieten zwei Urteile des Supreme Court (Hosanna Tabor von 2012 und Hobby Lobby von 2014), die dafür einen größeren Spielraum angezeigt haben, ohne jedoch klar zu stellen, wie weit dieser Spielraum reicht. Das Ergebnis ist, dass verbandliche oder nicht-kirchliche Einrichtungen „religionifiziert“ werden, indem ihre Satzungen, Stellenbeschreibungen und Verträge auf „kirchlich“ umgeschrieben werden.

Dieser Diskurs ist vorwiegend juristischer Natur. Er wurde von konservativen katholischen Juristenverbänden (z.B. der *Becket Fund for Religious Liberty*) mit Unterstützung der katholischen Bischofskonferenz der USA initiiert. Seine Massenbasis hat er jedoch bei den evangelikalischen Protestanten in den USA.²⁹ Im Wahlkampf 2016 wird er vom republikanischen Präsidentschaftskandidaten Ted Cruz vertreten.

Es handelt sich um eine Strategie der Schadensbegrenzung: Nachdem der Supreme Court die *equal marriage* akzeptiert hat, geht es jetzt darum, möglichst viele Ausnahmen zu generieren: für Landesbeamte, die aus Gewissensgründen keine Bescheinigung über eine Homo-Ehe ausstellen wollen - sei es individuell wie im Fall Ladele in Großbritannien oder als gesamte Behörde wie im berühmt gewordenen Fall

²⁸ “First Amendment Defense Act,” USCCB Backgrounder. <http://www.usccb.org/issues-and-action/marriage-and-family/marriage/promotion-and-defense-of-marriage/upload/Backgrounder-FADA.pdf>.

²⁹ Vgl. Michaelson, Jay: Redefining Religious Liberty. The Covert Campaign against Civil Rights, 2013, 14.

von Kim Davis; für private Geschäftsleute, die sich weigern, bestimmte Dienstleistungen für gleichgeschlechtliche Paare zu vollziehen (z.B. als Hochzeitsfotograf oder als privater Hotelbetrieb) oder umfassende Gesundheitsversicherungen für ihre Mitarbeiter_innen abzuschließen. In einigen Bundesstaaten der USA wie West Virginia, Virginia oder Georgia wurden Gesetze zur Religionsfreiheit beschlossen, die eine religiös begründete Diskriminierung von Homosexuellen und Transsexuellen ausdrücklich erlauben. In Utah soll gleichgeschlechtlichen Paaren das Recht auf Adoption entzogen werden. Auch auf kommunaler Ebene gibt es Vorstöße für ähnliche Regelungen. Im Moment ist freilich noch nicht auszumachen, ob diese Beschlüsse und Vorhaben tatsächlich rechtswirksam werden und ob sie vor dem Supreme Court bestehen werden.³⁰

Unterstützung erhielt diese Bewegung durch Papst Franziskus, der auf der Rückreise von seinem Besuch in den USA (2015) erklärte, dass die Verweigerung aus Gewissensgründen ein Menschenrecht sei.³¹ Er verstärkt damit Versuche des Vatikans, in europäischen Ländern, wie z.B. durch ein geplantes Konkordat mit der Slowakei, der Verweigerung aus Gewissensgründen einen stärkeren rechtlichen Schutz zu verschaffen. Doch ist das Menschenrecht auf Gewissensfreiheit kein absolutes Recht. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof etwa billigt dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung und der Weigerung an einer Abtreibung mitzuwirken eine höhere Schutzwürdigkeit zu als der Weigerung gleichgeschlechtlichen Paaren Dienstleistungen wie die Vermietung eines Hotelzimmers zu erbringen.³²

5. Homophobe Ökumene

Blickt man auf dieses Quartett der gegenwärtigen Diskurse der christlichen Antihomosexualität dann fällt besonders auf, dass sie sich immer stärker überlappen und

³⁰ Vgl. Provinz-Parlamente schwelgen in Homo- und Transphobie, in: Queer.de, 23.02.2016, online unter: http://www.queer.de/detail.php?article_id=25639.

³¹ Die Klage über einen Verlust der Religionsfreiheit in säkularen Ländern vereinte Papst Franziskus mit dem Moskauer Patriarchen Kirill. In ihrer gemeinsamen Erklärung schreiben sie: „Besonders stellen wir fest, dass die Transformation einiger Länder in säkularisierte Gesellschaften, die jedem Bezug zu Gott und seiner Wahrheit fernstehen, eine schwere Bedrohung für die Religionsfreiheit darstellt. Quelle zur Beunruhigung ist für uns die gegenwärtige Beschränkung der Rechte der Christen, wenn nicht gar ihre Diskriminierung, wenn gewisse politische Kräfte, die durch die Ideologie eines oft sehr aggressiven Säkularismus geleitet werden, sie an den Rand des öffentlichen Lebens zu drängen versuchen.“ Gemeinsame Erklärung von Papst Franziskus und Patriarch Kyrill von Moskau und der ganzen Rus, 12.02.2016, online: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/february/documents/papa-francesco_20160212_dichiarazione-comune-kirill.html#Gemeinsame_Erklärung

³² Donald, Alice; Howard, Erica: The right to freedom of religion or belief and its intersection with other rights, January 2015, A research paper for ILGA-Europe, 10, online unter: http://www.ilga-europe.org/sites/default/files/Attachments/the_right_to_freedom_of_religion_or_belief_and_its_intersection_with_other_rights_0.pdf.

gemeinsam getragen werden. Konfessionelle Differenzen treten in den Hintergrund zugunsten einer homophoben Ökumene in der Gesellschaftspolitik. Geeint wird sich durch den gemeinsamen Gegner, den „Liberalismus“, der die traditionelle Ordnung der Familie und Geschlechter angreift und zerstören will.

Dabei gibt es derzeit drei christliche Machtzentren, die ihre Diskurse global exportieren: die evangelikalen Protestanten der USA, der Vatikan sowie die Russische Orthodoxe Kirche. Religiöse und politische Durchschlagskraft gewinnen sie vor allem dort, wo es keine ausgeprägte und starke Zivilgesellschaft gibt: in Zentral- und Osteuropa, in Afrika und in der Karibik. Sie haben – auch ohne das Weiße Haus – großen Einfluss auf die Politik. Im Verbund mit der Organisation Islamischer Staaten sind sie immer wieder imstande, die bisherige Mehrheit der liberal eingestellten Staaten im UN-Menschenrechtsrat zu kippen. Möglicherweise schwächt der Wechsel von Papst Benedikt zu Papst Franziskus zwar den Willen des Vatikans ein wenig, die harte moralpolitische Haltung fortzusetzen. Von einem radikalen Kurswechsel kann jedoch bisher keine Rede sein. Einen Riss in dieses Bündnis brachte Putin's Annexion der Krim und die Besetzung des Donbass, denn die US-amerikanischen NGOs gerieten unter starken politischen Druck, ihre familien- und moralpolitische Kooperation mit russischen Partnern – zumindest kurzfristig – einzustellen. Die homophobe Ökumene scheint jedoch davon nicht sonderlich beeindruckt zu sein und funktioniert weiterhin.

Was wäre also zu tun, um dem etwas entgegenzusetzen? In weltweiten Kirchenorganisationen wie dem Ökumenischen Weltkirchenrat blockieren die evangelikalen und vor allem Orthodoxen Kirchen klare Stellungnahmen. Liberale Stimmen dringen daher kaum durch. Auch wenn nach der Generalversammlung in Busan beschlossen wurde, eine „*Reference Group Human Sexuality*“ einzusetzen, ist m.E. nicht abzusehen, dass sich diese Konstellation mittelfristig ändert. Daher ist es m.E. dringend an der Zeit, dass sich die liberalen Kirchen eine gemeinsame, weltweite Plattform verschaffen, von der aus sie weitaus deutlicher als bisher ihre Stimme erheben.